

Pringle, Robin

Article — Digitized Version

Das britische Budget im Rahmen der Abwertungsstrategie

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Pringle, Robin (1968) : Das britische Budget im Rahmen der Abwertungsstrategie, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 48, Iss. 4, pp. 190-193

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133830>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

für die Stabilität der Weltwirtschaft darstellt, ist inzwischen tief verwurzelt.

Gelingt es den Vereinigten Staaten nicht, die an ihre Politik gerichteten Erwartungen innerhalb einer angemessenen Frist zu erfüllen, dann muß damit gerechnet werden, daß nicht nur die „berufsmäßige“ Spekulation, sondern vor allem auch die Außenhändler sich auf eine Dollarabwertung, wenn nicht auf ein allgemeines Währungschaos, einstellen und entsprechend disponieren. Eine unabdingbare Voraussetzung freier internationaler Wirtschaftsbeziehungen sind gesicherte Kursverhältnisse. Sind sie für die wichtigste Handelswährung nicht mehr gegeben, dann ist eine Schrumpfung des Welthandels, die Europa besonders hart treffen müßte, wahrscheinlich.

Die Herstellung eines amerikanischen Zahlungsbilanzgleichgewichtes ist damit die wichtigste Aufgabe, die sich im Moment stellt. Sie muß mit aller Energie, jedoch innerhalb der liberalen Rahmenbedingungen des bestehenden Weltwirtschaftssystems, in Angriff genommen werden. Das verlangt nicht nur von den Vereinigten Staaten eine zahlungsbilanzkonforme Binnenwirtschaftspolitik, sondern gleichzeitig seitens der europäischen Länder die Einsicht, daß sie auf weitere

Zahlungsbilanzüberschüsse in Zukunft verzichten müssen. Amerikanischer Zahlungsbilanzausgleich und europäischer Zahlungsbilanzüberschuß sind miteinander unvereinbar. Ein Erfolg dieser Bemühungen dürfte auch das Problem des gespaltenen Goldpreises von selbst lösen.

AUSWEG SONDERZIEHUNGSRECHTE

Die in Stockholm erzielte Einigung über die Sonderziehungsrechte bietet die Gewähr, daß die Finanzierung eines wachsenden Welthandels auch bei einem Versiegen des Dollarstromes gesichert ist. Unter diesem Aspekt bestehen also keinerlei „Bedenken“ mehr gegen einen Ausgleich der amerikanischen Zahlungsbilanz. Nach den vorangegangenen Erörterungen dürfte klar sein, daß die Anwendung des neuen Liquiditätsinstrumentes zur Finanzierung weiterer amerikanischer Defizite die grundlegenden Probleme der gegenwärtigen Währungssituation verschärfen und damit dieses Zahlungsmittel von vornherein mit einem Odium der Unsolidität versehen müßte. Andererseits könnte der verantwortungsbewußte Einsatz der Sonderziehungsrechte ein Schritt mehr zu einer völligen Demonetisierung des Goldes und zur bewußten internationalen Liquiditätssteuerung sein.

Das britische Budget im Rahmen der Abwertungsstrategie

Robin Pringle, London

In Großbritannien wie auch in anderen Ländern ist man sich darüber einig, daß Schatzkanzler Roy Jenkins die überaus schwierige Aufgabe, der er sich bei der Aufstellung seines ersten Budgets gegenüber sah, voll und ganz gelöst hat. Um Mittel für den erwarteten Exportboom freizusetzen, hat er die Inlandsteuern drastisch erhöht.

ÜBERSCHUSS DER ZAHLUNGSBILANZ?

Britische Nationalökonomien pflichten der Ansicht des Schatzkanzlers bei, daß die britische Zahlungsbilanz in der zweiten Hälfte dieses Jahres einen Überschuß aufweisen dürfte, der alle Aussichten habe, sich innerhalb von kurzer Zeit auf einen jährlichen Betrag von 500 Mill. £ zu erhöhen — vorausgesetzt, daß das internationale Währungssystem stabilisiert wird und der Welthandel wie erwartet zunimmt. Ein derartiger Überschuß würde zumindest gesunde Grundlagen für eine anhaltende Expansion der briti-

schen Wirtschaft schaffen — ein Ziel, das seit dem letzten Kriege eine Regierung nach der anderen vergebens zu erreichen versuchte.

Das Budget ist das letzte Glied im Gefüge der Wirtschaftsstrategie der britischen Regierung. Angelpunkt dieser Strategie ist der neue Devisenkurs des Pfundes. Und der einzig wichtige Maßstab für jede Entscheidung, die seit der Abwertung des Pfundes im November vergangenen Jahres in der Wirtschaft gefällt wurde, ist die Antwort auf die Frage: Wird sie der Abwertung zum Erfolg verhelfen?

NEUE WIRTSCHAFTSSTRATEGIE

Ihre ersten Schritte auf dem Weg zu jener neuen Strategie unternahm die britische Regierung gleichzeitig mit der Abwertung des Pfundes. Zu den Maßnahmen, die sie damals ergriff, gehörten Kürzungen der öffentlichen Ausgaben und Kreditbeschränkungen.

Gegen Ende des Jahres wurde erkennbar, daß diese Maßnahmen nicht genügten. Der Inlandbedarf nahm zu schnell zu, während das Vertrauen des Auslandes in die britische Wirtschaft nach wie vor schwach war. Darüber hinaus zeigten die Ausgabenpläne der einzelnen Ministerien, die dem Schatzamt vorgelegt wurden, daß die Staatsausgaben auch weiterhin viel zu schnell ansteigen würden, wenn sie nicht eingedämmt werden. Daher wurden die Pläne beschnitten, die Ausgaben für den Verteidigungshaushalt gekürzt und kostspielige militärische Aufträge gestrichen. Auf diese Weise konnte die erwartete Zunahme des öffentlichen Verbrauchs für dieses Jahr auf — real gerechnet — etwa $3\frac{1}{2}$ % reduziert werden. Das war das zweite Stadium.

Das dritte, in dem man sich mit dem privaten Verbrauch befaßt, wurde am 19. März erreicht, als Jenkins das neue Budget vorlegte. Einige Beobachter vertraten nun die Ansicht, Schatzkanzler Jenkins hätte schon früher Maßnahmen zur Drosselung des Inlandkonsums ergreifen sollen. Zweifellos ging er gewisse Risiken ein, zumindest auf dem Devisenmarkt, wo sich der Wert des Pfundes abschwächte. Der Hauptgrund für den Aufschub entsprechender Maßnahmen scheint zeitlicher Natur gewesen zu sein. Da der Exportboom erst im weiteren Verlauf des Jahres richtig einsetzen wird, hielt man es nicht für dringend notwendig, den Konsum schon im Januar einzuschränken — zumal damals mehr ungenutzte Kapazität in der Wirtschaft vorhanden war. Aber es war klar, daß eines Tages nachfragebeschränkende Maßnahmen ergriffen werden mußten. Denn die Zunahme des privaten Verbrauchs sowie die durch den Anstieg des Exports, der Investitionen und der öffentlichen Ausgaben verursachten Anforderungen an die Wirtschaft hätten zu einer Überhitzung der Konjunktur geführt und Exportwaren auf den Inlandsmarkt gelenkt.

HOHE BESTEUERUNG

Vor der Veröffentlichung des Budgets wurde stark mit Steuererhöhungen für den privaten Verbraucher in Höhe von etwa 500-700 Mill. £ gerechnet. Jenkins hat sich jedoch schließlich für eine zusätzliche Besteuerung in Gesamthöhe von etwa 900 Mill. £, auf das volle Jahr gerechnet, entschieden. Die Auswirkung auf den Verbrauch wird zwar von geringerem Ausmaß sein als dieser Betrag, aber zweifellos doch so schwerwiegend, daß sie die Erwartungen selbst der kritischsten Beobachter befriedigen dürfte.

Die Methoden, mit deren Hilfe der Schatzkanzler diese gewaltige Summe aufzubringen gedenkt, haben ebenfalls einige Bewunderung erregt. Der Hauptteil wird aus höherer indirekter Besteuerung kommen, wobei auf so altbewährte Hilfsmittel wie Anhebung der Kaufsteuer, der Kraftfahrzeug- und der Benzinsteuer sowie der Steuer auf Spirituosen zurückgegriffen wird. Die selektive Beschäftigungssteuer, eine

Form der Lohnsummensteuer, die 1966 eingeführt wurde, um die Fertigungsbetriebe auf Kosten der Dienstleistungsbetriebe zu fördern, ist um 50 % erhöht worden. Ferner wurde, wenn auch nur vorübergehend, ein besonderer Zuschlag auf Kapitaleinkünfte von über 3000 £ je Jahr und Person erhoben. Dieses Opfer, das der Schatzkanzler den Reichen abverlangt, wird zwar nur geringen Einfluß auf den Konsum haben, dürfte aber dazu beitragen, die Gewerkschaften und ganz generell die Anhänger der Labour-Party zu besänftigen.

RESTRIKTIVERE EINKOMMENSPOLITIK

Als letztes wirtschaftsstrategisches Werkzeug der Regierung ist schließlich noch eine striktere Einkommenspolitik zu nennen, und auch diese wurde in der Budget-Rede klar definiert: Sämtliche Lohn- und Gehaltserhöhungen werden auf höchstens $3\frac{1}{2}$ % beschränkt — ausgenommen allein solche, die in direktem Zusammenhang mit vermehrter Arbeitsleistung stehen. Auch dürfen Erhöhungen nur unter Berücksichtigung bestimmter strenger Vorschriften erfolgen. Die Regierung wird sich durch entsprechende Gesetzgebung Vollmacht verschaffen, ungerechtfertigte Lohn- oder Gehaltserhöhungen bis zu 12 Monate hinausschieben, nachdem sie vom staatlichen Preis- und Einkommensamt geprüft worden sind. Auch Dividendenerhöhungen werden auf höchstens $3\frac{1}{2}$ % beschränkt. Durch diese Politik sollen die Kosten niedrig gehalten und damit die Wettbewerbsvorteile gewahrt werden, die durch die Pfundabwertung gewonnen wurden.

Doch Schatzkanzler Jenkins ist klug genug, sich nicht allein auf diese Einkommenspolitik als Mittel zur Drosselung der Nachfrage zu verlassen. Sie wird vielmehr hauptsächlich durch die fiskalischen Maßnahmen zuwege gebracht; und die zusätzliche Besteuerung genügt reichlich, um die erforderliche Eindämmung des Konsums zu erreichen. Es wird damit gerechnet, daß der Konsum in diesem Finanzjahr um mehr als 1 % zurückgehen wird, statt um 1 % zuzunehmen, wie es sonst der Fall gewesen wäre. Zum ersten Mal seit vielen Jahren wird der Lebensstandard absinken.

CHANCE FÜR DIE PFUNDABWERTUNG

Die Regierung zielt darauf ab, das jährliche Wachstum des Sozialprodukts bis Mitte 1969 auf 3 % zu beschränken. Es wird damit die Wachstumsrate der Produktivität nicht übersteigen, so daß keine übermäßigen Anforderungen an die Hilfsquellen gestellt werden. Auch sprechen bereits viele Anzeichen dafür, daß die britischen Exporteure die Pfundabwertung zu nutzen beginnen. Das neue Budget gibt ihnen und der gesamten britischen Wirtschaft den richtigen Rahmen für das Wachstum. Das kräftige Anziehen des Pfundes auf den Devisenmärkten zeigt, daß die internationale Finanzwelt diese Ansicht teilt.